Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,730.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 307. Donnerstag den 3. November 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Im Monat October lfd. J. erlangten das hiesige Bürgerrecht:
Beier, Emil Christian Julius, Töpfer.
Dehant, Friedrich Theodor, Markthelfer.
Etz, August Friedrich, Polizei-Oberwachtmeister.
Freiberg, Robert Bruno, Destillateur.
Graichen, August Feodor Julius, Beamter d. d. Allgem. Deutsch. Credit-Anstalt.
Immecke, Adolf, Beamter d. d. Allgem. Deutsch. Credit-Anstalt.
Klinge, Gottfried Christof Albert, Productenhändl. u. Schänkwirth.
Kupsch, Traugott Wilhelm Johannes, Kaufmann.
Mechler, Georg Arthur, Dr. med. und pract. Arzt.
Moebius, Reinhard Wilhelm, Cassendiener.
Moebius, Johann Paul, Verkäufer.
Müller, Franz Theodor, Lehrer.
Oehse, Johann Gottlob, Schuhmacher.
Reuter, Carl Ernst Max, Kaufmann.
Richter, Julius Alfred, Handelsagent und Commissionär.
Wasmuth, Heinrich Robert Georg, Kaufmann.
Wuffert, Carl Ludwig Friedrich, Dr. jur. und Landgerichtsrath.
Zipfel, Christian Heinrich August, Händler.

Verpachtung von Lagerplätzen in der Flur Thonberg.

Auf der zum Gute Thonberg gehörigen, westlich der Grimmaischen (sog. Reitzenhainer) Chaussee zwischen dem Gutsgehöfte und der Verbindungsbahn gelegenen Parzelle Nr. 58, 63 des alten / 159 des neuen Flurbuchs für Thonberg sollen vier Lagerplätze

Nr. I. von ca. 1497 Quadratmeter,
" II. " " 878 "
" III. " " 899 "
" IV. " " 1001 "

Flächengehalt auf die 6 Jahre vom 1. Januar 1888 bis 31. December 1893

Sonnabend, den 5. November d. J., Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an die Meistbietenden **verpachtet** werden.

Die Versteigerungs- und Verpachtungsbedingungen nebst Situationsplan liegen ebendaselbst auf dem Saale bei den diensthabenden Rathsdienern zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 20. October 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 3956. Dr. Tröndlin. Cerutti.

Bekanntmachung, die Zählung leerstehender Wohnungen betr.

Wie alljährlich, soll auch in diesem Jahre am 1. November eine Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslocale durch unser statistisches Amt vorgenommen werden.

Wir fordern demgemäß die Herren Hausbesitzer und Hausverwalter auf, die ihnen zugehenden Formulare vollständig und richtig auszufüllen und zur Wiederabholung nach 3 Tagen bereit zu halten.

Leipzig, den 24. October 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
St. A. 707. Dr. Tröndlin. Dr. Hasse.

Bekanntmachung.

Das **14. Stück** des diesjährigen **Gesetz- und Verordnungsblattes** für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis zum **18. November ds. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:
Nr. 49. Bekanntmachung, die Ordnung der Prüfung für das höhere Schulamt betreffend; vom 31. August 1887.

Leipzig, den 1. November 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Gesucht

der am 15. October 1844 in Naußlitz geborene vormalige Productenhändler **Friedrich August Spieß**, welcher zur Fürsorge für seine Kinder anzuhalten ist.

Leipzig, den 27. October 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig. (Armenamt).
A. R. III. 3112. Ludwig-Wolf. Mr.

Bekanntmachung, die Kirchenvorstandswahl in der Matthäigemeinde betr.

Aus dem Kirchenvorstande der Matthäikirche scheiden nach den Bekanntmachungen vom 24. September und 2. und 3. October d. J. folgende Herren aus:
Justizrath H. C. Bärwinkel,
Justizrath K. W. Fränkel,
Professor Dr. K. J. Richter,
Stadtrath G. Schmidt-Stöltmann,
Wechselmakler H. G. Otto und
Reichsbankdirector O. E. Heller,

deren Wiederwahl mit Ausnahme des Letztgenannten, welcher die Gemeinde verläßt, gesetzlich zulässig ist. Ferner ist für den verstorbenen
Kaufmann Herrn Herm. Traug. Fritzsche
eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Die Wahl soll

Dienstag, den 8. November d. Js., von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr in der Sacristei der Matthäikirche

stattfinden.

1) Stimmberechtigt sind diejenigen Gemeindeglieder, welche sich schriftlich oder mündlich zur Wählerliste angemeldet haben.
2) Die Wahl hat durch schriftliche, jedoch persönliche Abstimmung zu geschehen.
3) Jeder Wahlzettel hat 7 Namen von mindestens 30 Jahre alten Gemeindegliedern zu enthalten, deren Tauf- und Familienname, Stand und Beruf genau zu bezeichnen ist.

Alle stimmberechtigten Glieder der Matthäikirchen-Parochie fordern wir auf, sich an dieser Wahl eifrigst zu betheiligen und ihre Wahl auf Männer von gutem Rufe, bewährtem christlichen Sinne, kirchlicher Einsicht und Erfahrung zu richten.

Leipzig, am 1. November 1887.

Der Wahlausschuß der Matthäikirche.
J. A.: D. Rietschel.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **24. bis mit 30. October dss. Js.** im Argandbrenner bei 2.5 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 16.9fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0.437.

Leipzig, am 2. November 1887.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Nichtamtlicher Theil.

Zur bulgarischen Frage.

Man spricht von Bulgarien nicht mehr in dem Sinne wie noch vor wenigen Wochen. Niemand glaubt heute mehr, daß wegen Bulgariens in absehbarer Zeit ein europäischer Krieg ausbrechen könne; Rußland hat sich an den Gedanken gewöhnt, der natürlichen Entwickelung in Bulgarien ihren Lauf zu lassen. Das ist eine durchgreifende Veränderung der Sachlage, und man fragt deshalb mit Recht nach den Gründen dieser wichtigen Erscheinung. Der erste und Hauptgrund der geschehenen Veränderung ist der enge Aneinanderschluß der drei Centralmächte Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien. Rußland gesteht offen zu, daß dadurch eine Verschiebung des europäischen Gleichgewichts zu Ungunsten Rußlands eingetreten sei.

Das Wort „europäisches Gleichgewicht" wird in der Regel nur dann gebraucht, wenn es den Thatsachen nicht entspricht oder wenn eine merkliche Veränderung in dem Verhältnisse der europäischen Großmächte zu einander eingetreten ist. Von Gleichgewicht kann natürlich nur dann die Rede sein, wenn die vorhandenen Kräfte das Gegengewicht finden, welches sie zur Ruhe zwingt. Ein solcher Zustand ist gleichbedeutend mit dem Frieden. Wenn die Vertheilung der Kräfte in Europa eine solche ist, daß zur Friedensstörung geneigte Mächte ihren schädlichen Trieben Schweigen gebieten, dann ist in der That das Gleichgewicht in Europa hergestellt. Die Friedensstörer nennen das Verschiebung des Gleichgewichts zu ihren Ungunsten und glauben, das wahre Gleichgewicht bestehe darin, daß sie das Uebergewicht besitzen. Rußland befand sich zwei Jahre lang in dem Irrthum, daß ihm die Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa zustehe, und weil das heute nicht mehr der Fall ist, fühlt es sich in seinen Rechten gekränkt und beklagt sich über eine Verschiebung des europäischen Gleichgewichts zu seinem Nachtheil. Frankreich ist gleichfalls der Meinung, daß durch den deutsch-französischen Krieg von 1870—71 das europäische Gleichgewicht zu seinem Nachtheil verschoben ist, und sucht deshalb eine Verbindung mit Rußland, um das angeblich gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen, in Wahrheit aber, sein früheres Uebergewicht wieder zur Geltung zu bringen. Solchen schädlichen Neigungen gegenüber sah sich Deutschland genöthigt, auf einen Zustand hinzuwirken, welcher die Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa in seine Hand legt. Moltke drückte diesen Zustand durch die Worte aus: Deutschland muß so stark sein, um in Europa Frieden gebieten zu können.

Streng genommen ist auch dadurch das Gleichgewicht nicht hergestellt, wenigstens theoretisch nicht, um so mehr aber praktisch, weil die Macht dadurch auf die Seite gelenkt ist, welche die moralische Kraft besitzt, diese Macht nicht zum Schaden des übrigen Europa zu mißbrauchen. Wenn das Uebergewicht auf der Seite vorhanden ist, wo Deutschland steht, dann ist erfahrungsgemäß der europäische Friede gesichert, und Rußland und Frankreich fassen die gegenwärtige Sachlage in diesem Sinne auf, denn sie stimmen darin überein, daß sie aufeinander angewiesen sind, und trotzdem macht Rußland von der französischen Bundesgenossenschaft keinen Gebrauch, weil es selbst nach Gewinnung derselben den Sieg über die Centralmächte noch nicht für unzweifelhaft hält.

Bulgarien hat von der neuesten Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse Nutzen gezogen; es befindet sich in der glücklichen Lage, dadurch der überlästigen Vormundschaft Rußlands ledig geworden zu sein und die Bestimmung seines Schicksals selbst in die Hände bekommen zu haben. Von der Landesverweisung des Fürsten Ferdinand durch die suzeraine Türkei ist es still geworden, die Sendung des General Ernroth ist ein vollständig abgethaner Plan; Bulgarien fühlt sich als selbstständiges Staatswesen und sein Fürst genießt ein Ansehen, wie es nur ein angestammter, mit der Bevölkerung durch die Ueberlieferung verwachsener Fürst genießen kann. Auch an einem Mordanschlag auf den jungen Fürsten hat es nicht gefehlt; der in Varna verhaftete Mensch scheint ein würdiger Genosse der Gruew und Benderew zu sein, aber die Zeitläufte waren der Ausführung des Mordplanes nicht so günstig wie in der Nacht vom 20. zum 21. August 1886, als Fürst Alexander gefangen genommen und auf russisches Gebiet geschleppt wurde. Rußland hat auch gegen den Fürsten Ferdinand das Aeußerste von Feindseligkeit geleistet; aber durch die Erfahrungen, welche die Bulgaren mit dem Fürsten Alexander gemacht haben, ist ihre Aufmerksamkeit geschärft worden; so leicht wird Fürst Ferdinand nicht das Opfer eines Mordanschlages werden wie sein berühmter Vorgänger.

Die Wahlen zur Sobranje, die Eröffnung ihrer Sitzungen und die Adresse, welche sie an den Fürsten gerichtet hat, geben ein erfreuliches Bild von dem guten Einvernehmen, welches zwischen Fürst und Volk herrscht. Der Fürst hat in der Thronrede mit besonderer Genugthuung betont, daß in ganz Bulgarien Ruhe und Ordnung herrschen, und er konnte diese Behauptung mit Recht aufstellen, denn die unbedeutenden Ruhestörungen, welche bei den Wahlen stattfanden, fallen nicht ins Gewicht, und alle Verfassungsstaaten geben oft bei diesem Anlaß das Beispiel von Ausschreitungen, neben welchen die kleinen Unregelmäßigkeiten bei den bulgarischen Wahlen vollkommen zur Bedeutungslosigkeit herabsinken.

Fürst Ferdinand hat mit seiner Ansprache bei den Abgeordneten Widerhall gefunden, sie haben ihm einstimmig ihre Ergebenheit kundgethan und sich zu jedem Opfer für das Vaterland bereit erklärt. Thronrede und Adresse sind der beste Beweis für die Thatsache, daß Rußlands Klagen über die angeblich in Bulgarien herrschende Anarchie grundlos sind, daß im Gegentheil Bulgariens Lebenskraft sogar über alle Versuche Rußlands, sie zu stören und es in seiner Entwickelung aufzuhalten, triumphirt hat. Rußland macht gute Miene zum bösen Spiel, und es thut wohl daran, denn eine Wiederholung seiner früheren abgeschmackten Redensarten über die Unfähigkeit Bulgariens, sich selbst zu beherrschen, würde nur den Abstand zwischen den russischen Wünschen und der Wirklichkeit vergrößern.

Der Erwiderung des Kaisers Franz Josef auf die Ansprache der österreichischen und ungarischen Delegationspräsidenten legt sich Rußland gegenüber große Zurückhaltung auf, aber sie läßt doch durchblicken, daß Oesterreich-Ungarn in der bulgarischen Frage nicht auf Seite Rußlands steht. Der Kaiser bedauerte, daß die bulgarische Frage noch nicht abgeschlossen sei, gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß sie auch fernerhin ihren localen Charakter bewahren und schließlich in einer Weise gelöst werden würde, welche die zulässigen Wünsche Bulgariens mit den europäischen Verträgen und Interessen in Einklang bringen würde. Rußland ist nicht damit einverstanden, daß die bulgarische Frage als eine locale angesehen werde; Rußland wollte Europa veranlassen, Bulgarien an Rußland auszuliefern als eine ihm durch den Krieg von 1877/78 gebührende Beute. Der Krieg hat aber ein Nachspiel erhalten, was heute noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Europa ist sich des Werthes bewußt, welchen Bulgarien für Rußland hat als Etappe, um die Türkei aus Europa hinauszudrängen. Der Gesichtspunct, welcher für den Congreß des Jahres 1878 maßgebend war, bewahrt noch heute seine Bedeutung, und Crispi hat sehr wohl die Wichtigkeit begriffen, welche die bulgarische Unabhängigkeit für die Machtverhältnisse im Mittelmeer besitzt. Hier handelt es sich allerdings um eine Frage des europäischen Gleichgewichts, aber in ganz anderem Sinne, als der Artikel des „Nord" andeutete. Italien hat ein naheliegendes Interesse daran, die Aufsaugung der europäischen Türkei durch Rußland zu verhindern. Das Machtgebiet, welches Rußland sich in Centralasien erschlossen hat, wirft schon ein übergroßes Gewicht in die europäische Waagschale; es liegt im Interesse Europas, zu verhindern, daß Bulgarien die Etappe wird, welche Rußland gestattet, seine Eroberungspolitik in Europa und Asien zu vereinigen.

Leipzig, 3. November 1887.

* Als Tag der Reichstagseröffnung wird jetzt mit großer Bestimmtheit Donnerstag der 24. November genannt. Der Reichstag hat alsdann bis zu den Weihnachtsferien kaum mehr als drei Wochen Zeit.

* Die Physikalisch-technische Reichsanstalt ist nunmehr in ihren beiden Abtheilungen eröffnet worden. Anfragen und Anträge, welche auf die Arbeiten der Anstalt Bezug haben, werden von dem Bureau derselben in der königlichen technischen Hochschule zu Charlottenburg entgegengenommen.

* Die Kritik, welche in den letzten Jahren bezüglich der Vorbildung der Juristen im preußischen Landtag, in der Presse, in akademischen Reden und in zahlreichen Schriften geübt wurde, hat nunmehr zu einem Schritte geführt, auf den bereits in der Presse, wie im Abgeordnetenhause hingewiesen worden war. Von den preußischen Ministern der Justiz und des Cultus ist, wie die „Nationalzeitung" erfährt, eine Commission für die juristische Studien- und Prüfungs-Ordnung eingesetzt worden. Den Vorsitz führt der Wirkl. Geheime Ober-Justiz-Rath im Justiz-Ministerium, Professor Stölzel. Außerdem gehören der Commission an: der Professor Gneist, der Senats-Präsident des Kammergerichts Henschke, die Professoren Dernburg und Goldschmidt, der Geheimrath Althoff und als Schriftführer der Dr. Sachse aus dem Cultusministerium. Die Commission hat bereits am Montag eine mehrstündige Sitzung gehalten. Die Aufgaben der Commission sind nach Lage der Sache sehr umfassender Natur, sie greifen in wichtige Fragen des Universitätsstudiums, wie der Justizverwaltung ein. Auf das Ergebniß der Berathungen der Commission darf man mit Recht gespannt sein.

* Am 30. October ist in Neumünster ein Centralverein der nationalliberalen Partei Schleswig-Holsteins unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Peters aus Kiel gegründet worden. In einer Erörterung über die Beibehaltung des Wahlcartells gab sich volle Uebereinstimmung über deren Zweckmäßigkeit kund.

* * *

* Mit raschen Schritten geht die russische Regierung in den baltischen Provinzen (Liv-, Esth- und Kurland) auf dem Wege vor, den sie seit 1863 in Polen-Lithauen eingeschlagen hat. Man ist bereits dahin gelangt, daß in diesen alten deutschen Ländern die deutsche Sprache amtlich als „fremde Sprache" bezeichnet und behandelt wird. Wunderbar genug, da vorläufig noch das öffentliche Leben, Schule, Gericht, Gesetze deutsch sind nach Gesetz und Praxis. Was kümmert aber das einen Pascha wie den Gouverneur von Livland! Er erläßt vor etlichen Tagen ein Rundschreiben, in welchem er zur Kenntniß bringt, daß er die Glieder mehrerer Bauergemeindeverwaltungen zu Belohnungen vorgeschlagen habe dafür, daß sie deutsche Schreiben, die an sie gerichtet wurden, zurückgewiesen, dagegen die Glieder anderer Bauergemeindeverwaltungen und Gerichte mit Geld und Gefängniß bestraft habe dafür, daß sie solche in einer „ausländischen Sprache" geschriebene Papiere angenommen hätten. Von Gesetz und Recht ist hierbei natürlich keine Rede und der Gouverneur straft und vergewaltigt ohne Weiteres auch Justizbehörden, die ihm gar nicht unterstehen. — In Riga (Livland) werden jetzt täglich die angeklagten Prediger verhört, 50 an der Zahl, die sich wegen Taufen und anderen kirchlichen Handlungen an Leuten zu verantworten haben, welche die russische Kirche für sich in Anspruch nimmt. — Aus Reval (Esthland) hört man, daß, nachdem der dortige hochverehrte Generalsuperintendent Schultz gestorben, der Gouverneur eine Neuwahl verhindern wolle; die Kirche ohne Haupt zu lassen, liegt natürlich im Vortheil Dessen, der gegen sie kämpft. Die Neuwahl geschieht durch den Landtag und der Zusammentritt desselben hängt vom Gouverneur ab; es ist also leicht, die Wahl zu hindern. — Aus Kurland werden wieder viele Brandstiftungen gemeldet, ganze Höfe sind niedergebrannt worden. Kein Wunder in einem Lande, wo seit Jahren der Justiz und Polizei von der Regierung die Hände gefesselt worden sind und die Brandstiftung, an Deutschen verübt, belohnt worden ist! Das ist russische Regierungskunst!

* Aus Sofia geht der „Politischen Correspondenz" der Wortlaut einer neuen Kundgebung zu, welche Herr Radoslawow soeben an den Prinzen Ferdinand von Coburg gerichtet hat. Sie lautet in wortgetreuer Uebersetzung:

Königliche Hoheit!

Am 27. September, während der Stimmenabgabe für die Wahl der Abgeordneten der fünften regelmäßigen Sobranje, hat die Polizei in Sofia 150 Wähler verhaftet und 30 derselben internirt. Sie hat hierdurch die Ausübung der heiligsten politischen Bürgerrechte, welche die Gesetze des Fürstenthums gewährleisten, verhindert. Obwohl die Mütter, Frauen und Kinder jener Unglücklichen mich noch an einigen Tage baten, Eure königliche Hoheit um Gnade für die Gefangenen zu bitten, habe ich in jenem Zeitpuncte Nichts gethan. Aus dem Gefängnisse entlassen, gedachten jene Bürger gegenwärtig Eurer königlichen Hoheit eine Gesammt-Petition zu übersenden, um gegen die Ungesetzlichkeit der Polizei in der Hauptstadt zu protestiren. Die Polizei erfuhr ihre Absicht und sperrte gestern, den 8. October (a. St.), den Bürger aus Sofia, Manol Stefanow, ein, von dem sie erfahren wollte, wer der Urheber der Petition sei, bei wem sie sich befinde und von wem sie unterschrieben worden sei. Manol Stefanow wurde überdies geschlagen.

Königliche Hoheit!

Da die Polizei den Bürgern die elementarsten Rechte entzieht, und da die bulgarischen Bürger schlechter behandelt werden als eine wilde Völkerschaft, bitte ich Eure königliche Hoheit um Mitleid mit den Unglücklichen. Ich glaube, daß man mit so ungesetzlichen Mitteln die bulgarischen Bürger nicht dazu wird zwingen können, auf ihre Rechte zu verzichten.

Sofia, 9. October (a. St.). Gez.: Radoslawow.

* Die dänische Regierung hat, um die Einschleppung der sogenannten Schweinepest zu verhindern, die Einfuhr lebender Schweine aus Schweden und roher Theile dieses Thieres wegen der an mehreren Orten in Schweden ausgebrochenen Krankheit verboten. Gleichzeitig hat die schwedische Regierung angeordnet, daß die Verordnung wegen Unterdrückung ansteckender Krankheiten unter den Hausthieren auch auf die jetzt bestehende Schweinekrankheit Anwendung finden soll.

* Aus Tanger meldet das „Reuter'sche Bureau" unter dem 28. October: Der britische Gesandte hat aus Mekines die Benachrichtigung empfangen, daß der Sultan von Marokko noch immer sehr leidend ist, wenngleich er genöthigt war, sich am vorigen Freitag in der Moschee dem Publicum zu zeigen. Die „St. James Gazette" vernimmt, daß die britische Regierung beschlossen hat, im Falle des Entstehens irgend welcher Verwickelungen in Marokko auf die Neutralität des Hafens und des Districts Tanger zu bestehen. — Der Berliner Correspondent des „Standard" telegraphirt seinem Blatte: „Ich bin in der Lage, meine frühere Meldung bezüglich der Absicht Spaniens und Marokkos, eine internationale Conferenz nach Madrid zur Revision der Beschlüsse der Madrider Convention von 1880 einzuberufen, aufrechterhalten zu können. Graf Benomar, der spanische Gesandte in Berlin, übermittelte vor einiger Zeit eine Einladung zu einer solchen Conferenz dem deutschen Auswärtigen Amte, welches ihn benachrichtigte, daß Deutschland die Einladung annehmen würde, wenn die übrigen Mächte dies thun. Die übrigen Mächte wurden nicht eher schriftlich eingeladen werden, bis alle die Einladung im Princip angenommen haben. Die Conferenz ist in der That verschoben worden, aber ihr Programm ist bereits festgestellt; dasselbe umfaßt nicht die Aufrechthaltung des status quo oder die Erklärung von Marokkos Neutralität. Letztere Frage soll erst erörtert werden, wenn sich eine günstige Gelegenheit darbietet, und dies ist noch nicht der Fall." — Wie man sich erinnert, hat Spanien die Absicht, eine Conferenz über die marokkanische Frage anzuregen, officiös in Abrede gestellt.

* Die immer unerquicklichere Gestaltung der Dinge in Irland, wie sie durch den Aufruhr in Middleton anläßlich der Verhaftung des parnellitischen Deputirten O'Brien mit einer an Brutalität streifenden Deutlichkeit zu Tage tritt, wird nachgerade zu einem Quell recht ernster Besorgnisse um den künftigen Entwickelungsgang des Vereinigten Königreichs. Obwohl Irland von jeher das Schmerzenskind Großbritanniens gewesen ist, obwohl irische Aufstände blutigster Art sich wie ein rother Faden durch die englische Geschichte seit der erstmaligen Unterwerfung der Smaragdinsel ziehen, ist doch das irische Problem noch niemals in einer spröderen und den Versuchen, es zu lösen, unzugänglicheren Gebahrung aufgetreten, als eben jetzt, wo es Bundesgenossen auf englischem Boden selber findet und mit ihnen vereint, sich anschickt, die Axt an die Wurzel der bis jetzt für unantastbar gehaltenen altehrwürdigen Ueberlieferungen, sowie der wichtigsten, integrirenden Einrichtungen des britischen Staatswesens zu legen. Es stürmen so viele Forderungen und Gewalten gleichzeitig auf den Hort des famosen parlamentarischen Selfgovernments ein, daß dieses nicht weiß, wo zuerst anfangen, namentlich da es fühlt, wie ihm bei dieser Gelegenheit selbst der Boden unter den Füßen zu wanken beginnt. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Vorwurf, den der Führer der liberalen Unionisten, Lord Hartington, am Montag in Truro wider das Haupt der verbündeten Oppositionsparteien, Gladstone, schleuderte, daß er, im Gegensatz zu den großen Staatsmännern des Continents, Bismarck und Cavour, welche die Schöpfer großer Reiche geworden wären, die Bande lockere, welche die Völker des britischen Gemeinwesens verknüpfen, subjectiv berechtigt ist; objectiv dürfte er angesichts des zwischen Gladstone und Parnell bestehenden Schutz- und Trutzbündnisses schwerlich anzufechten sein, nachdem Gladstone trotz der Gährung in Irland, trotz der anarchistischen Umtriebe auf Trafalgar-Square, trotz des über die englische Landwirthschaft hereinbrechenden Ruins und des Darniederliegens von Handel und Industrie in seiner Ermuthigung aller zersetzenden, in seiner Bekämpfung aller erhaltenden politischen Bestrebungen nicht nachlassen zu wollen scheint. Diese Strategie Gladstone's wird nur erklärlich, wenn man sieht, wie er um der Erreichung momentaner parteitaktischer Ziele willen die höheren staatsmännischen Rücksichten erst in zweiter Linie gelten läßt und gegen Regierungsmaßregeln kritisch vorgeht, die eingestandenermaßen nur zum Schutze der Reichsintegrität dienen sollen, auch einen andern, etwa verfassungswidrigen oder freiheitsfeindlichen Zweck ihrer Natur nach gar nicht haben können. Der Unterschied zwischen den Männern der Regierung und den Männern der Opposition ist aber der, daß erstere sich sagen, der beste Dienst, den man der altenglischen Verfassungsfreiheit leisten könne, bestehe in der Pflege der staatlichen Einheit, Macht und Größe, während die Opposition aus Popularitätssucht mit den modernen Zeitideen paktirt, auf die Gefahr hin, die Grundlagen der britischen Machtstellung in Frage gestellt zu sehen. Dieser diametrale Gegensatz zwischen beiden tritt in der Behandlung des irischen Problems

SLUB
Wir führen Wissen.